

BUENOS AIRES-BRIEFING

Dezember 2019

Aitana Ackermann, Martin Schlatte und Olaf Jacob

Amtseinführung und Schwerpunkte der Antrittsrede

Der Monat Dezember war innenpolitisch geprägt von der Amtseinführung der neuen Regierung unter Alberto Fernández (*Frente de Todos*) sowie ihren Plänen und Maßnahmen für die Bekämpfung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen Argentinien.

Die offizielle Amtsübergabe am 10. Dezember verlief, im Gegensatz zur letzten, bei der die damalige Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner (CFK) dem neu gewählten Präsidenten Mauricio Macri (*Juntos por el Cambio*) die Abnahme des Amtsschwurs verweigerte, ohne Zwischenfälle: Präsident Macri überreichte im Sitzungssaal des Kongresses die blauweiße Schärpe und den Präsidentenstab an seinen Nachfolger, die scheidende Vizepräsidentin Gabriela Michetti nahm Alberto Fernández und CFK ihren Amtsschwur ab. In seiner Antrittsrede legte Fernández einen Schwerpunkt auf die missliche sozioökonomische Lage des Landes, appellierte an die Solidarität und Einheit der Argentinier und versprach einen Plan zur Stärkung der nationalen Produktion und Beschäftigung, sowie zur Bekämpfung des Hungers im Land. Außerdem sparte er nicht mit Kritik an der Vorgängerregierung und im speziellen an der Aufnahme eines Standby-Kredits beim Internationalen Währungsfond (IWF). Seiner Ansicht nach habe sich die Regierung Macri wirtschaftliche Konzepte „von außen“ diktieren lassen und unhaltbare Versprechungen an Gläubiger ausgesprochen. In dieselbe Kerbe schlug seine erneute Ankündigung einer zeitnahen Neuverhandlung der beim IWF aufgenommenen Schuld mit dem Ziel einer verzögerten Rückzahlung – zu einem Zeitpunkt, wenn sich wieder wirtschaftliches Wachstum einstelle.

Der neue Präsident ließ ferner mit der Ankündigung nach einer Justizreform aufhorchen, um der angeblich in den letzten Jahren vorliegenden Einschüchterung von Oppositionellen durch die Haftrichter der Justiz Einhalt zu gebieten. Damit schlug Fernández Töne an, die aus Wahlkampf bereits bekannt waren und auf die Diskreditierung der Strafverfolgungsbehörden zielten. Diese hatten in den vergangenen vier Jahren mit der Aufarbeitung unzähliger Korruptionsaffären aus der Amtszeit von CFKs Schlagzeilen gemacht. Außenpolitisch strich Fernández die Bedeutung eines geeinten Lateinamerikas hervor und setzte sich für eine Stärkung des Mercosur ein, der seiner Meinung nach in der Vergangenheit vernachlässigt worden sei. Als Teil dieses geeinten Lateinamerikas solle Argentinien bestmöglich in die Weltpolitik eingegliedert sein, meinte Fernández ohne näher seine ambivalente Haltung beispielsweise zu Handelsabkommen wie jenem zwischen der Europäischen Union und Mercosur aufzuklären. Er bekräftigte erneut den aufrechten Territorialanspruch auf die Malwinen-/Falklandinseln, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln. Des Weiteren bekenne sich Argentinien in jedem Fall vollinhaltlich zu den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens.



Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen

Gesetzespaket der „Solidarität und Wiederbelebung der Produktion“

In der ersten Woche nach der Amtseinführung begannen Fernández' Ankündigungen Form anzunehmen: Wirtschaftsminister Martín Guzmán legte einen Entwurf zu einem ausgedehnten Gesetzespaket mit einer Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen vor, welches dem Präsidenten weitreichende Sonderbefugnisse in der Gesetzgebung einräumte. Die Opposition stellte sich jedoch klar gegen diese Einführung einer „Notstandsgesetzgebung“, die den Erlass von Rechtsakten ohne vorhergehende Zustimmung durch Abgeordnetenhaus und Senat ermöglicht hätte. Die Befürchtung, dass die Parlamentarier der Opposition der konstituierenden Sitzung des Abgeordnetenhauses fernbleiben und so mangels erfülltem Anwesenheitsquorum die Verabschiedung des Gesetzespakets blockieren würde, bewahrheitete sich angesichts der Abänderung des Gesetzesentwurfs indes nicht. Das beschlossene „Gesetz der sozialen Solidarität und Wiederbelebung der Produktion“ (*Ley de solidaridad social y reactivación productiva*) ruft in seiner aktuellen Fassung offiziell den öffentlichen Notstand in Wirtschafts- und Sozialfragen aus und stellt nunmehr ein großes Wirtschafts- und Sozialpaket dar. Somit setzt es eine Reihe von Versprechen aus dem Wahlkampf sowie der Ankündigungen aus der Antrittsrede um.

Kernpunkt des Gesetzespakets ist eine nachhaltige Konsolidierung der Staatsschuld und die Bekämpfung der Kapitalflucht, einhergehend mit einer vorgesehenen Entschärfung der Armutproblematik. Dieses Vorhaben plant die Regierung vor allem „einnahmenseitig“, also durch eine stärkere steuerliche Belastung bestimmter Prozesse, Sektoren und Bevölkerungsschichten durchzuführen. Dieser Ansatz ist umstritten, da Argentinien heute schon eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten der Region aufweist. Besonders hart wurde dabei der Agrarsektor getroffen, für den die Abgaben auf den Export von Agrarprodukten teilweise auf ein Vielfaches angehoben wurden. So beträgt die Steuer auf Sojaexporte nunmehr 30 Prozent, auf Getreide, Fleisch- und Molkereiprodukte zwischen neun und zwölf Prozent. Belastend hinzu kommt, dass Exporteure seit Einführung der Kapitalverkehrsbeschränkungen im vergangenen Monat dazu verpflichtet sind, ihre Devisenerlöse unmittelbar zum wenig vorteilhaften offiziellen Wechselkurs in argentinische Peso zu tauschen.

Rückkehr zu einem parallelen Wechselkursregime

Für lange Schlangen vor Banken und Wechselstuben an den Tagen vor dem Inkrafttreten des Gesetzespakets sorgte auch die Einführung einer 30-prozentigen Sondersteuer auf den Devisenerwerb – sei es für Sparzwecke oder für den Kauf von ausländischen Gütern und Dienstleistungen. Zusätzlich zu den Kapitalverkehrsbeschränkungen, welche seit November den Erwerb von mehr als 200 US-Dollar pro Person und Monat unterbunden hatten, wird nun also eine weitere Abgabe auf Reisen ins und Ausgaben im Ausland eingehoben. Mit dieser Maßnahme versucht die Regierung eine weitere Kapitalflucht zu verhindern, den argentinischen Peso zu stabilisieren und zur Sanierung des Budgets beizutragen. Nachdem die Abgabe vom besonders reisefreudigen Bevölkerungsteil mit Unbehagen aufgenommen wurde, kündigte die Regierung, zusätzlich zu den Steuerbefreiungen auf in Peso berechnete Flugtickets, eine Reduktion der Steuer auf Reisedienstleistungen der großen ausländischen Plattformen wie *Airbnb* oder *Booking* auf einen ermäßigten Steuersatz von acht Prozent an. Selbiges soll auch für die populären ausländischen digitalen Dienstleister *Netflix* und *Spotify* gelten. An der Art der Einführung wird von Kritikern die mangelnde Vorbereitung und Koordination kritisiert, die nun planwidrige Wettbewerbsverzerrungen mit sich bringt.

